

Ein Jahr Sondervermögen: viel Versprechen, zu wenig Klimaschutz

Vor einem Jahr wurde das Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro beschlossen. In den Verhandlungen wurde auf Grundlage unseres Gutachtens Klimaneutralität und Zusätzlichkeit mit ins Grundgesetz aufgenommen. Das Versprechen war klar: mehr Zukunftsinvestitionen, mehr Klimaschutz, mehr Modernisierung.



Die erste Bilanz fällt ernüchternd aus

Trotz des riesigen Sondervermögens verzeichnet der Haushalt 2026 für Klima, Umwelt und Natur unterm Strich kaum echte Zugewinne. Statt die neuen Spielräume konsequent für Transformation zu nutzen, hat die Bundesregierung Gelder zwischen Kernhaushalt, Sondervermögen und Klima- und Transformationsfonds verschoben und damit zusätzlichen Druck für die kommenden Haushalte aufgebaut.

So verspielt sie wertvolle Zeit im Kampf gegen die Klimakrise und zugleich Vertrauen. Wer neue Schulden mit Zukunftsinvestitionen begründet, darf die Mittel nicht zweckentfremden.

Das Kernproblem: zu wenig zusätzliche Investitionen

Der entscheidende Maßstab für das Sondervermögen ist die Zusätzlichkeit. Die Mittel sollten neue Investitionen ermöglichen, nicht alte Ausgaben umetikettieren.

Genau das ist bislang nicht erfolgt. Die gesetzliche Konstruktion über die 10-Prozent-Investitionsquote im Kernhaushalt mag formal handhabbar sein, verhindert keine Verschiebebahnhöfe. Auf dem Papier kann die Quote erfüllt werden, ohne dass real ein ausreichender zusätzlicher Investitionsschub entsteht.

Politisch ist der Befund klar: Das Sondervermögen hat im ersten Jahr keinen zusätzlichen Klimainvestitionsschub ausgelöst.

Problematisch sind auch einzelne Ausgaben

Hinzu kommt: Im Wirtschaftsplan 2025 finden sich Titel, deren Investitionscharakter und Zweckbindung erheblich zweifelhaft sind.

Das betrifft insbesondere:

- 1,5 Mrd. Euro Sofort-Transformationskosten für Krankenhäuser
- 829,6 Mio. Euro für Deutsche Energy Terminal GmbH, FSRU und FSRU-Standorte
- 20,2 Mio. Euro im Zusammenhang mit PCK Schwedt

Insgesamt ist das Volumen möglicherweise verfassungswidriger Ausgaben auf rund 2,355 Mrd. Euro geschätzt.¹

Das ist mehr als ein haushaltstechnisches Problem. Es zeigt: Der Investitionsbegriff wird gedehnt, die Zweckbindung auf Klimaneutralität verwässert.

Klimaneutralität steht drauf aber ist nicht drin

Art. 143h GG nennt ausdrücklich Investitionen in Infrastruktur und zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045. Das ist kein bloßes Etikett. Es ist ein materieller Maßstab.

Im ersten Jahr wurden keine zusätzlichen Investitionen in den Klimaschutz getätigt, also keine über die vorher geplanten Ausgaben.

Die Lehre für den Haushalt 2027

Die Bilanz des ersten Jahres ist ein Warnsignal für den Haushalt 2027. Die Bundesregierung hat beim Haushalt 2026 Fehler gemacht. Sie hat Entlastungen der Industrie priorisiert, Gelder verschoben und damit neue Engpässe für die nächsten Jahre mitverursacht.

Dabei ist der Bedarf eindeutig: Deutschland braucht mindestens 60 Mrd. Euro zusätzliche öffentliche Mittel pro Jahr für Klimaschutz und Transformation. Noch ist der Ausgabepfad nicht in Stein gemeißelt. Für 2027 und die Folgejahre können jetzt wichtige Weichen neu gestellt werden.

¹ Tappe, Henning, Gutachten Haushalt, 2026.

Jetzt Prioritäten korrigieren:

Für den Haushalt 2027 braucht es einen klaren Kurswechsel:

1. Zweckentfremdung stoppen

Die Mittel aus dem Sondervermögen und dem KTF müssen wie versprochen in echte Zukunftsinvestitionen fließen.

Klimarelevante Programme gezielt stärken

2. Besonders dringend ist die Aufstockung zentraler Förderprogramme:

BEG: 17 Mrd. Euro jährlich

BEW: 3 Mrd. Euro jährlich

Gerade hier zeigt sich, ob die Bundesregierung Klimaneutralität ernst meint. Gebäudesanierung, Heizungswechsel, Wärmenetze und kommunale Wärmewende sind keine Nebenschauplätze, sondern Kernbereiche der Transformation.

3. Falsche Ausgaben raus

Konsumtive, laufende oder fossil geprägte Ausgaben dürfen nicht aus dem Sondervermögen finanziert werden, das mit Zukunftsinvestitionen und Klimaneutralität begründet wurde.

GermanZero e.V.
Emmanuel Schlichter
Referent Klimafinanzierung
Emmanuel.schlichter@germanzero